

CANADA

ISSN 1182-3100

Newspaper serving the German Speaking Communities
Journal de la communauté germanophone

If undelivered, please return to:
Si non réclamé, prière de retourner à

Das Echo, PO Box 27
Pointe-Claire, QC, H9R 4N5
Newspaper is printed in Ontario



Nummer 53/303/ 29. Jahrg.

THE LARGEST NATIONWIDE GERMAN LANGUAGE NEWSPAPER IN CANADA

September 2007 / \$3.50

Ausländische Fachkräfte

Zugang zum Arbeitsmarkt wird erleichtert

Berlin - (mk). Die deutsche Bundesregierung hat unter der Überschrift „Aufschwung - Teilhabe - Wohlstand: Mehr Chancen für Deutschland“ die Programmfelder identifiziert, auf denen sie in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode tätig werden will - und damit zum Teil ehrgeizige Versprechungen gemacht. Besonders bedeutend sind dabei die Vorhaben im Bereich des Arbeitsmarktes, der qualifizierten Zuwanderung wie auch beim Klimaschutz.

Kurzfristig soll für Maschinen-, Fahrzeugbau- und Elektroingenieure aus den zwölf neuen EU-Staaten ab November die Vorrangprüfung abgeschafft werden, um den Facharbeitermangel zu bekämpfen. Nach diesem Verfahren konnten ausländische Bewerber bisher nur dann eingestellt werden, wenn für einen bestimmten Arbeitsplatz weder ein Deutscher noch ein EU-Bürger zu finden war. Auch für ausländische Absolventen deutscher Hochschulen soll die Prüfung wegfallen. Sie können laut Müntefering ein Jahr lang eine Stelle suchen und dort drei Jahre bleiben, ehe sie das Land wieder verlassen müssen. In Bezug auf Qualifizierung und den Kampf gegen den Fachkräftemangel, so betonten Merkel und Müntefering, wolle die Regierung aber das heimische Potenzial ausschöpfen, bevor andere Maßnahmen in Angriff genommen werden.

INHALT	
Impressum	02
Politik	03-06
Wirtschaft	07-09
Lokales	10-19
Panorama	20-26
Bücherecke/Lieder	27
Küche/Rätsel	28
Heiteres/Bestellschein	29
Horoskop / Forum	30-31
Gesundheit	32
Echo der Frau	33
Leichte Unterhaltung	34-35
Junges Echo	36-37
Sport	38
Verschiedenes	39-40



Das deutsche Segelschulschiff „Gorch Fock“ landet mit 185-Mann Besatzung an Kanadas Küste. 14 Tage lang legte die stolze „Weiße Dame“ in Quebec City an. Auf Seite 20 erfahren Sie mehr.

Deutsche Entwicklungshilfe für China umstritten

Berlin - (dpa). Die Fortsetzung der deutschen Entwicklungshilfe für China wird in den Bundestagsfraktionen zunehmend kritisch gesehen. Kurz vor der Reise von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in die Volksrepublik am 26. August sprach sich die FDP dafür aus, China keine weiteren Finanzzusagen zu geben. Auch in den anderen Parteien wurde der Ruf laut, die Hilfen in Höhe von 60 Millionen Euro genau zu prüfen und ihnen gegebenenfalls einen neuen Akzent zu geben. Auslöser für die Bedenken ist auch, dass China rund 1,3 Billion US-Dollar Devisenreserven verfügt.

Der entwicklungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Helmut Königshaus, vertrat die Auffassung, China brauche „mit seiner enormen Wirtschaftskraft“ keine westlichen Finanzhilfen mehr. „Es ist geradezu lächerlich anzunehmen, dass ein Land mit mehr als einer Billion an Devi-

senreserven auf solche Hilfen angewiesen wäre.“ Man könne China bezüglich des Umweltschutzes oder der Einhaltung der Menschenrechte damit nicht beeinflussen. Allenfalls könnten neue Finanzhilfen zum Aufbau eines funktionierenden Gerichtswesens oder der Schaffung eines wirksamen Patentschutzes vereinbart werden.

Auch sein CSU-Kollege Thomas Silberhorn räumte ein, dass sich die Frage der Fortsetzung der Entwicklungshilfe durchaus stelle. Er verwies aber darauf, dass diese vor allem in Form von zinsvergünstigten Krediten für den Umweltschutz sowie den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen gewährt würden. Dies sei nicht zu kritisieren. Der SPD-Haushälter Carsten Schneider sagte: „Entscheidend bei der Mittelverwendung ist, dass die Gelder effizient eingesetzt werden.“

Auch der entwicklungspoliti-

sche Sprecher der Unions-Fraktion, Christian Ruck (CDU), verwies auf die Umweltprobleme Chinas. „Angesichts dieser Besorgnis erregenden Entwicklungen, darf sich Deutschland nicht beleidigt aus der Zusammenarbeit zurückziehen.“ Die Linke-Abgeordnete Heike Hänsel verlangte neue Akzente bei den Finanzhilfen. Bislang stünden dabei wirtschaftliche Interessen im Vordergrund. Künftig sollten „Menschenrechts- und Sozialstandards zentraler Gegenstand der Zusammenarbeit sein“.

Nach Angaben des Entwicklungsministeriums wurden die Hilfen für China in den vergangenen Jahren schon stark zurückgefahren. 1998 seien noch 130 Millionen Euro aufgenommen worden, 2006 nur noch 60 Millionen. Durch das Geld seien in China unter anderem fünf Windkraftanlagen gebaut und fünf alte Kohlekraftwerke renoviert worden.

— Kärnten —

Moscheen „stören das Ortsbild“

Landeshauptmann Jörg Haider will in Kärnten ein Bauverbot für Minarette und Moscheen verfügen. Dies soll durch eine Verschärfung des Bau- und des Gemeindeplanungsgesetzes erreicht werden. Man wolle keinen Krieg der Kulturen und keine „radikal-islamistischen Tendenzen wie in Köln, Wien oder Telfs“, begründete Haider seinen Vorstoß. Im Gemeindeplanungsgesetz soll festgelegt werden, dass Moscheen und Minarette als „Störung des Ortsbildes“ gelten und daher nicht gebaut werden dürfen. Zudem wünscht sich der Kärntner Landeshauptmann ein derartiges Verbot in ganz Österreich „zum Schutz unserer westlich geprägten Leitkultur“.

Mehrheit der Deutschen für Tempolimit



Berlin - (dpa). Die Mehrheit der Bundesbürger ist für die Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen zum Klimaschutz. Das geht aus einer repräsentativen Forsa-Umfrage im Auftrag des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) in Berlin hervor.

Rund zwei Drittel (63 Prozent) der Befragten sprachen sich dafür aus, eine Höchstgeschwindigkeit festzulegen. 36 Prozent der Befragten befürworteten demnach ein Tempolimit von 120 Stundenkilometern (km/h), 37 Prozent wollen 130 km/h als Höchstgeschwindigkeit. Lediglich 24 Prozent wollen weiterhin freie Fahrt auf den Autobahnen, teilt der BUND in Berlin mit. Befragt worden waren bundesweit mehr als 1000 Personen.

